

Antrag um Zuweisung eines Schrebergartens im Sinne der „Vorordnung für die Führung der Schrebergärten“ die mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 2 vom 24.01.2023 genehmigt wurde.

Der/Die Unterfertigte _____
Vor- und Zuname
geboren am _____ in _____,
wohnhaft in _____, Straße _____ Nr. _____
Staatsbürgerschaft _____, Steuernummer _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

ersucht

diese Gemeindeverwaltung im Sinne von Art. 3 der Verordnung um Eintragung in die Rangordnung

- 65+ Personen, welche das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben und welche sich im Ruhestand befinden
- Familien Familien mit einem oder mehreren Kindern unter 14 Jahren
- Personen mit Migrationshintergrund wobei unter Migrationshintergrund der derzeitige oder frühere Besitz einer anderen als der italienischen Staatsangehörigkeit zu verstehen ist

(eine dieser drei Möglichkeiten ankreuzen)

für die Zuweisung eines Schrebergartens.

Hierfür erklärt er/sie unter eigener Verantwortung (zutreffendes ankreuzen):

dass das Bruttoeinkommen der Familiengemeinschaft bezogen auf das letzte Jahr _____ € beträgt (Modell 730 – Zeile 137 oder CU Einheitliche Bescheinigung – Summe der Felder 1, 2, 3, 4, 5, 481, 496, 497, 511)

dass die Familiengemeinschaft aus folgenden Personen zusammengesetzt ist: (Vor- und Nachnamen)

dass _____ (Anzahl angeben) Personen zu ihren/seinen Lasten leben (Namen, Nachnamen und Verwandtschaftsgrad angeben – z.B. Ehefrau):

Er/sie schon Zuweisungsempfänger/in eines Schrebergartens ist ja nein
wenn ja, angeben in welchem Schrebergarten und die Nummer _____

- dass er/sie keinen landwirtschaftlichen Grund und/oder keinen Fruchtgenuss an einem Garten in der Provinz Bozen besitzt;
- dass er/sie in einer Sozialwohnung (gemeindeeigene Wohnung oder WOBI Wohnung) ohne Garten lebt;
- dass er/sie sich im Falle der Zuweisung eines Gartens verpflichtet, alle in der oben genannten Vorschriften angegebenen Verpflichtungen einzuhalten, andernfalls wird die Zuweisung widerrufen;
- dass er/sie imstande ist, die Tätigkeit, welche für den Anbau des Gartens nötig ist, selbst durchzuführen;
- dass er/sie in die Vorschriften auf der Homepage der Stadtgemeinde Meran Einsicht genommen hat oder ihm/ihr eine Kopie der genannten Verordnung ausgehändigt wurde, sie gelesen zu haben und sich zur Einhaltung der darin enthaltenen Bestimmungen zu verpflichten;
- dass er/sie darüber in Kenntnis ist, dass die Zuerkennung sofort widerrufen wird, falls bei einer Überprüfung festgestellt wird, dass die abgegebenen Erklärungen nicht der Wahrheit entsprechen.

Der/Die Antragsteller/in

Meran, den

Folgende Unterlagen sind dem Gesuch beizulegen:

- **Kopie des Personalausweises des/der Antragsteller/s**

Der/Die Antragsteller/in erklärt zudem:

1. gemäß und für die Zwecke der Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 679/2016 die Information zum Schutz der personenbezogenen Daten erhalten zu haben, abrufbar unter dem Link „Datenschutz“ der Gemeinde oder einsehbar in den Räumlichkeiten des Rathauses.
2. dass am vorliegenden, aus der Homepage der Stadtgemeinde Meran entnommenen Formular keine Änderungen vorgenommen worden sind.

Alle Angaben, die in den beiliegenden Unterlagen gemacht wurden, unterliegen den Bestimmungen des D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445. Falschangaben werden gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445 nach dem Strafgesetzbuch und den einschlägigen Sondergesetzen geahndet.